

## Entschießung zur Wohnungsbaupolitik in Bremen

Der SPD-Ortsverein Buntentor begrüßt eine stärkere Bebauung/Verdichtung von bestehenden Wohnquartieren. Wir fordern aber gleichzeitig, dass zuvor eine intensive und sinnvolle Bürgerbeteiligung stattfindet.

Bremen ist eine lebenswerte Großstadt; Bremen soll attraktiv sein und bleiben um Menschen an die Stadt Bremen zu binden und neue Bewohner in die Stadt zu locken.

Die SPD Buntentor bittet alle Bürgerinnen und Bürger, die in der Nähe neuer Bauvorhaben wohnen, alle Aspekte innerstädtischen Wohnens angemessen zu berücksichtigen. Das Wohnen in der Großstadt erfordert dabei immer auch Kompromisse, die sicher auch oft mit einer gewissen Enge der Bebauung zu tun haben. Aus unserer Sicht überwiegen jedoch zumeist die enormen ökologischen und gesellschaftlich-sozialen Vorteile der städtischen Bebauung. In den geplanten Häusern wohnen unsere Nachbarn von morgen!

### 1. Stadtteilentwicklung

- Neue Wohnbebauung in den Stadtteilen und auf freien innerstädtischen Flächen darf nicht auf die Planung von zusätzlichen Häusern reduziert sein. Bürgerproteste zeigen nach unserer Erkenntnis aus vielen Gesprächen, dass jeweils auch eine umfassende städtebauliche Verbesserung der jeweiligen Orts- und Stadtteile unbedingt notwendig ist. Die Finanzierung dieser Maßnahmen ist durch die Stadtgemeinde sicher zu stellen.
- Eine gute Stadtplanung erfordert, dort, wo es sinnvoll ist, unter Umständen eine Neugestaltung von Verkehrsbeziehungen (z. B. Schaffung von Einbahnstraßen um Parkraum zu generieren und verkehrsberuhigende Effekte zu generieren).
- Eine moderne Stadtplanung muss selbstverständlich auch die Freiraumplanung beinhalten, um die Aufenthaltsqualität in den Stadtteilen zu verbessern (z. B. durch Sanierung von Grünflächen, Kinderspielplätzen und Treffpunkten).
- Zur Stadtplanung gehören aber auch neue ökologische Baukonzepte, die flexibel sind und die Möglichkeit für alternative Lebensformen in allen Altersgruppen bieten. Wir begrüßen die planerischen Ideen der GEWOBA, aus denen die so genannten Punkthäuser entstanden sind. Energetisch wird ein Zustand geplant, der dem des so genannten Passivhauses entspricht. Damit werden diese Häuser allerhöchsten ökologischen und sozialen Standards gerecht und ihr Bau kann zukunftsweisend für das gesamte Land sein. Wir fordern eine zügige Umsetzung des Baus dieser Häuser an vielen Stellen in Bremen; wir halten diesen Haustyp für das „Neue Bremer Haus“.

- Neubauprojekte wie z. B. die „Gartenstadt Werdersee“ neben dem Huckelrieder Friedhof schaffen Wohnraum, der dringend benötigt wird. Gleiches gilt für die Bebauung von Flächen innerhalb bestehender Wohnanlagen in der Bremer Neustadt. Ein gelungenes Beispiel für eine solche Bebauung sind die Einfamilienhäuser in der Peter-Weiß-Straße und der Theodor-Storm-Straße in der Gartenstadt Süd im Buntentor. In der Bremer Neustadt ist offensiv eine Bebauungsplanung für die Bereiche Oderstraße und Güldenhausgelände aufzunehmen; der dort angetroffene Zustand ist unter keinem Gesichtspunkt akzeptabel.

## **2. Soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte des Wohnungsbaus**

- Wir fordern eine Bebauung, die soziale Aspekte berücksichtigt, aber nicht verhindert, dass in die Neubaubereiche nur Menschen höheren Einkommens ziehen können. Dabei erkennen wir aber auch, dass eine attraktive höherwertige Bebauung auch dafür sorgt, dass Menschen mit höherem Einkommen und damit Steuerzahler ihren Wohnsitz in Bremen nehmen oder behalten. Eine Stärkung der Bremer Steuerkraft ist unverzichtbar für die Gestaltung des gesamten öffentlichen Bremer Lebens mit Kindergärten, Schulen, Kultureinrichtungen, Sportstätten und allen weiteren Bereichen notwendiger Daseinsvorsorge.
- Ausreichend vorhandener Wohnraum verhindert, dass Mieten aufgrund knappen Wohnraums steigen und damit insgesamt alle Menschen belasten.
- Wir wissen, dass Bremen eine der grünsten Großstädte Deutschlands ist. Gerade auch der Bremer Süden ist ein Beispiel für eine gelungene Verbindung von Grünflächen mit Bäumen, Wiesen und Wasserläufen. Hier denken wir nicht nur an die vielen Grünflächen zwischen den Häusern, die öffentlichen Grünflächen sondern auch an Kleingartenanlagen, den Park Links der Weser und die Flächen auf dem Stadtwerder. Wir sehen durch die aktuell geplanten Baumaßnahmen keinerlei Gefahr, dass die grüne Lunge Bremens auch nur im Ansatz angetastet wird. Wir werden unser Augenmerk darauf richten, dass die in Bremen sehr gut gelungene Verbindung von Grünflächen und Bebauung erhalten bleibt.
- Eine verstärkte Bebauung in der Stadt verhindert Autoverkehr von und nach außerhalb und ist deshalb auch aus ökologischen Gründen zu begrüßen. Grundsätzlich soll Wohnraum Vorrang vor Parkraum haben.
- Der ÖPNV muss den notwendigen Veränderungen in der Stadt angepasst werden. Mit einer verdichteten Bebauung wird es möglich sein, Taktfrequenzen im ÖPNV zu verkürzen und den ÖPNV für Menschen noch attraktiver zu machen. Für Wohngebiete wie z. B. die Gartenstadt Süd oder den Stadtwerder fordern wir, dass überprüft wird, ob nicht durch kleine Bedarfsbusse das ÖPNV-System noch attraktiver gemacht werden kann.

### **3. Bürgerbeteiligung**

- Um eine weitgehende Berücksichtigung der nachbarschaftlichen Interessen zu erreichen fordern wir eine rechtzeitige und offensive Bürgerbeteiligung bei der Planung der Neubauvorhaben. Dafür sind auch moderne Beteiligungsverfahren wie solche, die über das Internet laufen, einzubeziehen. Bürgerversammlungen und leicht zugängliche Auslegung von Plänen gehören für uns ebenso zur Bürgerbeteiligung wie die Durchführung von ergebnisoffenen „Zukunftswerkstätten“.
- Wir stellen aufgrund unserer Gespräche im Stadtteil fest, dass es nicht nur auf eine Bürgerbeteiligung durch die Wohnungsbauunternehmen ankommt. Eine ernsthafte Bürgerbeteiligung setzt voraus, dass auch die Bremer Stadtplanung einbezogen wird. Nur so kann sichergestellt werden, dass eine lebenswerte Umgebung für alle Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt und sich weiterentwickelt.
- Die Stadtteilbeiräte sind das geeignete Forum um Bürgerbeteiligung zu starten, dabei sollte geprüft werden, welche Beteiligungsformen erfolgreich sind. Durch die beteiligten Verwaltungen und die Stadtteilbeiräte ist sicherzustellen, dass Informationen rechtzeitig und umfassend in die Bevölkerung gelangen. Der Zugang zu Informationen und die Möglichkeit zur Einflussnahme muss so umfassend sein, dass kein Bürger an den Informationen und Beteiligungsverfahren vorbeigehen kann; das soll heißen, dass sich die Verfahren den Bürgern quasi aufdrängen müssen.